

niedersachsen *magazin*

November 2024 • 86. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

Startschuss für die Tarifverhandlungen 2025



Seite 4 <

Tarifseminar des
NBB

Seite 5 <

dbb Nordtreff in
Niedersachsen

Seite 6 <

Regionalverband
Wilhelmshaven-
Friesland berichtet



Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

die letzten großen Einkommensrunden für Bund und Kommunen, beziehungsweise für den Länderbereich, liegen gefühlt noch gar nicht so lange zurück. So befinden wir uns in Niedersachsen derzeit immer noch in der Umsetzung der Tarifiergebnisse aus Dezember 2023 – aktuell durch den Gesetzesbeschluss für das Besoldungsgesetz II zur Umsetzung des Sockelbetrages und der linearen Erhöhung für den verbeamteten Bereich in Niedersachsen.



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

■ Forderungsfindung gibt den Startschuss

Gleichzeitig wirft die nächste Einkommensrunde für Bund und Kommunen schon jetzt ihre Schatten voraus. Am 9. Oktober 2024 hat die dbb Bundestarifkommission in Berlin, auch unter Beteiligung einiger niedersächsischer Vertreter, die Forderungen für die kommende Einkommensrunde 2025 im TVöD beschlossen.

■ Die Forderungen im Überblick

Lassen Sie mich daher an dieser Stelle auf die Forderungen des dbb für die kommende Tarifrunde etwas detaillierter eingehen. Im Kern kann man von zwei wesentlichen Parametern sprechen, die zum Auftakt dieser Einkommensrunde unsere Forderungen umfassen: Natürlich geht es zunächst um monetäre Ziele, um im Ergebnis weiterhin Reallohnverluste der vergangenen Jahre auszugleichen und gleichzeitig den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen. Eine Entgelterhöhung von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich, lautet die Kernforderung des dbb für die anstehenden Tarifverhandlungen mit der Bundesinnenministerin und der Präsidentin der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber.

Nun mag der ein oder die andere denken, dass diese Ansprüche zu hoch seien, nicht finanzierbar und nicht in die Zeit passen. Ich denke, das Gegenteil ist der Fall. Grundsätzlich kann man diese Tarifverhandlungen nicht mit den vergangenen Tarifrunden aus 2023, die unter einem ganz besonderen Blick, nämlich dem einer teilweise explodierenden Inflation gestanden haben, vergleichen.

■ Steigende Lebenshaltungskosten betreffen alle

Gleichzeitig hat sich die Situation in der Vergangenheit in weiten Teilen des öffentlichen Dienstes für unsere Beschäftigten nicht unbedingt verbessert. Nach wie vor klagen unsere Kolleginnen und Kollegen zu Recht über erdrückend hohe Energiepreise, über hohe Lebenshaltungskosten insgesamt. Wir stellen immer mehr fest, nicht nur in den unteren, sondern auch in den mittleren Einkommensgruppen, dass das verdiente Geld zum Leben nicht mehr reicht und es immer schwieriger wird, einen auskömmlichen Lebensunterhalt zu finanzieren. Auch wenn zurückgehende Inflationsraten teilweise durch Politikerinnen und Politiker wie Erfolgsmeldungen publiziert werden, muss man sich doch eines insgesamt klarmachen: Das Leben ist in den vergangenen Jahren deutlich teurer geworden und die Sorgen unserer Beschäftigten dementsprechend angestiegen.

■ Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist immer noch ein großes Thema

Ein weiteres wesentliches Argument für eine entsprechende Entgeltforderung liegt in der Tatsache, dass wir dringend dafür Sorge tragen müssen, den öffentlichen Dienst auch endlich und tatsächlich attraktiver zu gestalten. Mit den derzeitigen Angeboten im öffentlichen Dienst wird es auf Dauer nicht gelingen, junge interessierte Menschen – die vor der Wahl ihres Berufslebens stehen – für einen Weg im öffentlichen Dienst zu begeistern.

Der Arbeitgeber Bundesrepublik Deutschland, die Arbeitgeber in den Kommunen und in einem weiteren Schritt auch die Arbeitgeber der einzelnen Bundesländer müssen sich darüber klar sein, dass wir mit den bisherigen Angeboten die große Zahl der unbesetzten Stellen im öffentlichen Dienst nicht abbauen können. Auch aus diesem Grund ist die Forderung des dbb hinsichtlich einer 8-prozentigen Entgelterhöhung ein wichtiger Schritt, um endlich diese Attraktivität herbeizuführen.

So möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf einen weiteren wesentlichen Teil der Forderung hinweisen:

Die Bundestarifkommission hat im Rahmen ihrer Forderungsfindung zudem deutlich unterstrichen, dass die Zeitzuschläge für Überstunden und für Dienste zu ungünstigen Zeiten (Nachtarbeit, Wochenend- und Feiertagsarbeit) dringend angehoben werden müssen. Auch hier gibt es Forderungen, von denen zu hoffen ist, dass die Arbeitgeberseite nicht erneut in leidige Diskussionen einsteigt, sondern endlich ein klares Signal zugunsten derer setzt, die dann ihre Arbeit verrichten, wenn andere es eben nicht tun müssen. Dienste zu ungünstigen Zeiten waren und sind nicht nur gesundheitsbelastend, sondern auch familien- und lebensunfreundlich. Selbstverständlich kann man genau diese Belastungen durch zusätzliche Anreize nicht beheben, man kann aber finanziell anerkennen, dass es viele Kolleginnen und Kollegen in unseren Reihen gibt, die bereit sind, auch nachts, am Wochenende und feiertags ihre Arbeitskraft und Energie der Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen. Dies gilt im Schwerpunkt für die Pflege- und auch die Sicherheitsbereiche, wie Justiz, Justizvollzug, Polizei und Feuerwehr.

■ Die Arbeitszeit steht ebenfalls im Fokus

Die zweite wesentliche Kernforderung umfasst die Frage der Arbeitszeit. So fordert der dbb unter anderem für die Beschäftigten



des TVöD drei zusätzliche freie Tage, um einen Ausgleich für die hohe Verdichtung der Arbeit herbeizuführen. Auch die Flexibilisierung der Arbeitszeit spielt eine wichtige Rolle, so durch die Einrichtung eines besonderen Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen können.

Hiermit will der dbb in erster Linie für die Beschäftigten ermöglichen, Zeit im individuellen Interesse der Beschäftigten souverän einzusetzen und zu buchen. Auf diesem Wege würden die Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit erhalten, insbesondere für eine spätere Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit oder aber den Einsatz zusätzlicher freier Tage beziehungsweise längerer Freistellungsphasen ein dementsprechendes Stunden- und Zeitkonto für sich zu nutzen.

Die dbb Bundestarifkommission geht damit ganz neue Wege, um Arbeitszeit individuell zu verbuchen und den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, abhängig von ihrer persönlichen Lebenssituation und Lebensplanung, Arbeitszeitkonten einzusetzen. Dieses könnte, für den Fall einer erfolgreichen Umsetzung im Rahmen der Tarifverhandlungen, im Ergebnis für beide Seiten, sowohl für die Seite der Arbeitgeber als auch für die Beschäftigten, positive Aspekte nach sich ziehen.

Ich bin weiterhin davon überzeugt, dass Kolleginnen und Kollegen, die die Möglichkeit der individuellen Arbeitszeit haben, im Ergebnis motivierter und erfolgreicher sein werden – ein Aspekt, den wir der Arbeitgeberseite mit Sicherheit in intensiven Verhandlungsrunden nachhaltig verdeutlichen werden.

Die Forderungen der Bundestarifkommission des dbb sind, wie unser Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach es korrekterweise formulierte, mit Sicherheit ambitioniert – sie passen aber auch in die Zeit und sind keinesfalls überzogen. Es muss gelingen, für die Kolleginnen und Kollegen in Bund und Kommunen ein respektables und auf die Zukunft ausgerichtete Ergebnis zu erzielen. Gleichzeitig wird dann im nächsten Schritt eine erneute Kraftanstrengung erforderlich sein, um diese Ergebnisse auf den Beamten- und den Versorgungsbereich zu übertragen.

Und natürlich schauen auch wir in den Ländern sehr genau auf die Ergebnisse von Bund und Kommunen. Naturgemäß hinkt der Tarifvertrag der Länder nicht nur zeitlich, sondern leider auch inhaltlich immer ein wenig den Abschlüssen aus Bund und Kommunen hinterher. Es wird die unstrittige Aufgabe des dbb in den kommenden Jahren sein, auch diese Lücke möglichst zu schließen und im Idealfalle zu zumindest deckungsgleichen Ergebnissen zu kommen.

Zweite Verhandlungsrunde
17.-18. Februar 2025

Start der Tarifverhandlungen am 24. Januar 2025

Dritte und letzte vorgesehene Runde am 14.-16. März 2025

Die Kernforderungen

- Ein Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich zur Erhöhung der Entgelte
- 200 Euro mehr für Auszubildende
- Drei zusätzliche freie Tage
- Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen

JETZT Mehr Zeit für Dich!

© Napierski

■ Wann sind welche Schritte zu erwarten?

Die erste Verhandlungsrunde in Potsdam findet am 24. Januar 2025 statt, die zweite Runde am 17. und 18. Februar 2025 und die dritte Runde vom 14. bis zum 16. März 2025. Anders als auf Länderebene besteht für den TVöD eine Schlichtungsvereinbarung, von der im vergangenen Jahr auch erfolgreich Gebrauch gemacht wurde.

Die Kolleginnen und Kollegen von Bund und Kommunen brauchen zur Durchsetzung ihrer Forderungen jegliche Unterstützung. Wir haben in Niedersachsen im vergangenen Jahr deutlich gezeigt, wie sehr wir Seite an Seite stehen – sowohl Tarifbeschäftigte und Beamtinnen und Beamte, Versorgungsempfänger und Landesbeschäftigte und alle, die sich aktiv im öffentlichen Dienst engagieren.

Dieses Engagement werden wir, davon bin ich überzeugt, auch in den kommenden Monaten im Rahmen dieser Einkommensrunde und dann in der folgenden Einkommensrunde im Herbst 2025 zeigen.

Lassen Sie uns gemeinsam diese Tarifrunde begleiten und möglichst erfolgreich abschließen für einen attraktiven und zukunftsfähig ausgerichteten öffentlichen Dienst.

Ihr/Euer



Alexander Zimbehl

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin, Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 15.10.2024

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Getty Images/iStockphoto

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 28, gültig ab 1.1.2024.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



Tarifseminar des NBB Zukunftsfragen der Arbeitszeitgestaltung im öffentlichen Dienst

Am 11. September 2024 fand das jährliche Tarifseminar des Niedersächsischen Beamtenbundes und Tarifunion (NBB) in Hannover statt, bei dem sich Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes versammelten, um aktuelle tarifpolitische Themen zu diskutieren.

Rund 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung des Vorsitzenden der Landestarifkommission des NBB, Oliver Haupt, und dem 1. Landesvorsitzenden des NBB, Alexander Zimbehl, gefolgt und nutzten die Gelegenheit, um sich intensiv mit der Gestaltung der Arbeitszeit und den Herausforderungen moderner Arbeitszeitmodelle auseinanderzusetzen.

Im Zentrum des Seminars stand die Frage, wie die Arbeitszeitregelungen im öffentlichen Dienst weiterentwickelt werden können, um den veränderten Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden. Der langjährige Tarifexperte des dbb und der DSTG, Karl-Heinz Leverkus, gleichzeitig früheres Mitglied der Geschäftsführung der Bundestarifkommission des dbb

beamtenbund und tarifunion, konnte als Referent gewonnen werden. Mit seiner jahrzehntelangen Erfahrung im Bereich Tariffrecht und Verhandlungsführung brachte Leverkus fundiertes Wissen und wertvolle Einblicke in die komplexe Thematik ein.

▸ Individuelle Arbeitszeitmodelle für echte Entlastung

In seinem Vortrag hob Leverkus hervor, dass das bestehende Tariffrecht sich nicht länger an starren Vorgaben orientieren dürfe, sondern flexibel auf die vielfältigen und wachsenden Anforderungen der heutigen Arbeitswelt reagieren müsse. Angesichts der zunehmenden Belastungen in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes wurde der Wunsch nach einer bes-



▸ Karl-Heinz Leverkus

© Tanja Haake (2)

seren Balance zwischen Beruf und Privatleben laut. „Es reicht nicht mehr aus, lediglich an der Arbeitszeit zu drehen. Es geht darum, Strukturen zu schaffen, die den Beschäftigten eine echte Entlastung bieten“, betonte Leverkus. Besonders die Möglichkeit, individuelle Arbeitszeitmodelle zu wählen, die beispielsweise flexible Teilzeitangebote oder Homeoffice-Regelungen beinhalten, wurde als wesentlicher Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen identifiziert.

Eine zentrale Rolle spielte dabei die Frage, wie das Tariffrecht insbesondere jüngere Kolleginnen und Kollegen stärker ansprechen und deren spezifische Bedürfnisse berücksichtigen kann. Da der öffentliche Dienst zunehmend Schwierigkeiten hat, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu binden, sei es notwendig, attraktive Arbeitszeitmodelle anzubieten. „Der Wettbewerb um Nachwuchskräfte wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, um junge Menschen für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu halten“, so Alexander Zimbehl in seinem Vortrag.

▸ Bezug zu kommenden Tarifverhandlungen Anfang 2025

Ein weiteres Kernthema des Seminars war die zukünftige Tarifrunde mit Bund und Kommunen (TVöD), die für Anfang 2025 angesetzt ist. Leverkus verwies darauf, dass die Themen Arbeitszeit und Entlastung der Beschäftigten voraussichtlich

schon bei den kommenden Tarifverhandlungen eine zentrale Rolle spielen werden. Hierbei werde es entscheidend sein, mit konkreten Forderungen in die Verhandlungen zu gehen, die sowohl den Bedürfnissen der Beschäftigten als auch den Anforderungen des öffentlichen Dienstes gerecht werden.

▸ Tarifpolitik der Zukunft

Die Bundestarifkommission des dbb wird am 9. Oktober 2024 über die genauen Forderungen entscheiden, die dann als Grundlage für die Tarifverhandlungen dienen sollen. Im Rahmen dieser Sitzung wird voraussichtlich auch darüber beraten, inwiefern die neuen Arbeitszeitmodelle und -regelungen in den Forderungskatalog aufgenommen werden. „Es besteht dringender Handlungsbedarf“, erklärte Zimbehl abschließend. „Wir müssen jetzt die Tarifpolitik der Zukunft gestalten, um sowohl die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern als auch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten nachhaltig zu verbessern. Dieses natürlich zunächst mit Blick auf den TVöD, im weiteren Verlauf des Jahres aber sicher auch für die Länderbereiche“, so Zimbehl.

Das Tarifseminar diente somit nicht nur als Plattform für den Austausch über aktuelle Entwicklungen, sondern auch als wichtiger Impulsgeber für die kommende Tarifrunde. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten zahlreiche Anregungen mitnehmen, die in die weitere tarifpolitische Diskussion auf Landes- und Bundesebene einfließen werden.



▸ Alexander Zimbehl

dbb Nordtreff in Wilhelmshaven Der Norden hält zusammen

Am 20. September fand der diesjährige dbb Nordtreff in Wilhelmshaven statt, bei dem Vertreter der norddeutschen Bundesländer Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie Kooperationspartner des Deutschen Beamtenbundes (dbb) zusammenkamen. Die Veranstaltung bot eine Plattform für einen Austausch und die Pflege von Kontakten zwischen den Vertretern der Kooperationspartner sowie der norddeutschen Landesbünde des dbb.



Die Begrüßung erfolgte durch Alexander Zimbehl, den 1. Landesvorsitzenden des gastgebenden Bundeslandes Niedersachsen. In seiner Ansprache hob Zimbehl die Bedeutung des regelmäßigen Austauschs zwischen den norddeutschen Landesverbänden hervor, um die gemeinsamen Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst wirksam zu vertreten. Im Anschluss daran folgten Grußworte von den Landesvorsitzenden der weiteren anwesenden Landesverbände aus Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Schleswig-Holstein sowie eine Vorstellung der anwesenden Kooperationspartner.

■ Unterstützung auch durch Bundesebene

Von der Bundesleitung des dbb waren der 2. Bundesvorsitzende Ulrich Dombrowski und der stellvertretende Bundesvorsitzende Maik Wagner anwesend. Dombrowski unterstrich in seinem Statement die Relevanz von Veranstaltungen wie dem Nordtreff. Er betonte, dass der länderübergreifende Austausch entscheidend sei, um Synergien zu nutzen und eine starke Interessenvertretung auf Bundesebene zu gewährleisten. Nach den einleitenden Worten und den offiziellen Programmpunkten konnten sich die Teilnehmenden bei einem ge-

meinsamen Mittagessen austauschen. Die entspannte Atmosphäre ermöglichte es, erste Gespräche zu vertiefen und neue Kontakte zu knüpfen. Dabei stand im Kernpunkt des Treffens auch der Austausch zwischen den gewerkschaftlichen Gästen und den wirtschaftlichen Kooperationspartnern, die die Arbeit des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften nachhaltig unterstützen.

■ Standortbezogenes Programm am Nachmittag

Der Nachmittag stand ganz im Zeichen der maritimen Kultur Wilhelmshavens. Eine informa-

tive Barkassenfahrt führte die Anwesenden durch den Hafen, wo sie spannende Einblicke in die Geschichte und Entwicklung des maritimen Standorts erhielten. Anschließend besichtigten die Teilnehmenden das Deutsche Marinemuseum und erfuhren mehr über die Bedeutung der Marine für die Region.

Bei strahlendem Sonnenschein klang der Tag bei Kaffee und Kuchen aus. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass der Nordtreff 2024 ein voller Erfolg war. Die Veranstaltung bot nicht nur Raum für informative Gespräche, sondern auch für persönliche Begegnungen, die die





Zusammenarbeit der Landesverbände weiter stärken werden.

» Rundum eine erfolgreiche Veranstaltung

Viele der Anwesenden knüpften neue Kontakte und konnten wichtige Impulse für die zukünftige Verbandsarbeit mitnehmen. Insgesamt spiegelte die Veranstaltung den hohen Stellenwert wider, den der dbb der Vernetzung und dem Dialog auf regionaler und überregionaler Ebene beimisst.

Der Nordtreff 2024 in Wilhelmshaven wird den Beteiligten



ten sicherlich noch lange positiv in Erinnerung bleiben und als Grundlage für die weitere

Zusammenarbeit der norddeutschen Landesverbände dienen. ■

Regionalverband Wilhelmshaven-Friesland Vortrag des Leitenden Direktors des Marinearsenals Wilhelmshaven

6

Der Regionalverband Wilhelmshaven-Friesland des Deutschen Beamtenbundes (dbb) hatte den Leitenden Direktor des Marinearsenals, Dipl.-Ing. Rainer Sacher, zu einem Informationsgespräch eingeladen.

Eingangs sprach Sacher, der seit 2019 das hiesige Marinearsenal leitet, gleich den positiv veränderten Blick der Gesellschaft auf die Streitkräfte in der BRD an, der sowohl aufgrund der von Bundeskanzler Scholz ausgeru-

fenen „Zeitenwende“ als auch durch die von Verteidigungsminister Pistorius geforderte „Kriegstüchtigkeit“ verantwortlich zeichnet. Es gelte nun, die deutsche Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen, zu der das Marinearsenal seinen Beitrag leiste.

» Riesige Trockendocks in Planung

Herr Sacher erläuterte den anwesenden Beamtenvertretern die für die Bundesmarine zu leistende wichtige und notwendige Tätigkeit in einem 3-Säulen-Modell. In der ersten Säule steht mit der Instandsetzung von Schiffen und Booten sowohl für deutsche Schiffe als auch für Schiffe anderer NATO-Staaten der Daseinszweck des Marinearsenals. Sacher war sich sicher, dass das Auftragsvolumen für seinen Bereich sowohl in Quantität als auch in Qualität zunehmen werde, denn die Bundesmarine werde wachsen. Die militärischen Schiffe mit hochtechnologischer und komplexer Hard- und Software seien



© Has



auszurüsten beziehungsweise durch Überprüfung kampffähig an die Marine zu übergeben. Das dafür benötigte Know-how werde seinen Beschäftigten oftmals durch Schulungen bei den Herstellerfirmen vermittelt. Von Vorteil für die Arbeiten zur Instandsetzung sei auch, dass die deutsche Marine im Jahr 2022 die Warnowwerft in Rostock kaufte und zusammen mit dem letztlich in Kiel doch noch gehaltenen dortigen Marinearsenal nun mit dem Arsenal Wilhelmshaven die Arbeit an gleich drei Standorten durchführen

könne. Zurzeit seien dafür sowohl in Rostock als auch in Wilhelmshaven riesige Trockendocks in Planung, die schon in den kommenden Jahren betriebsbereit sein sollen.

■ **Infrastruktur und Ausstattung für die drei Arsenalstandorte**

Die zweite Säule betrifft die Infrastruktur und die Ausstattung für die drei Arsenalstandorte. Sacher sprach von großem staatlich finanzierten Engagement, wobei viele Handwerks-

betriebe und andere zivile Unternehmen für eine gewichtige Wertschöpfung in den Kommunen beziehungsweise Städten sorgen werden.

■ **Personalaufstockung**

Als dritte Säule nannte Sacher den Personalbereich. Im Jahr 2011 blieben hier durch massive Kürzungen nur noch etwa 950 Mitarbeiter übrig. Durch die veränderte weltpolitische Entwicklung – Sacher führte dazu den Angriff Russlands auf die Ukraine, die Spannungen in

Nahost sowie die aggressive Politik Chinas an – habe man nun etwa 1.750 Beschäftigte, und zwar 1.000 in Wilhelmshaven, 250 in Kiel und 500 in Rostock. Gerade im Bereich Ausbildung sei man sehr erfolgreich. In den letzten sechs Jahren konnten 300 Azubis nach ihrer Ausbildung in Wilhelmshaven und Kiel übernommen werden, womit nach Worten von Sacher letztlich auch ein positiver kommunaler Beitrag geleistet wurde.

D. Has

Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

■ **BDF**



Der Bund Deutscher Forstleute (BDF), die Interessenvertretung von bundesweit rund 10.000 Forstleuten, hat ein neues Leitungsgremium. Nach acht Jahren als ehrenamtlicher Bundesvorsitzender kandidierte Ulrich Dohle auf dem jetzt abgehaltenen Forstgewerkschaftstag nicht erneut. Einstimmig wurde Dirk Schäfer für die kommenden vier Jahre zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt.

Der 56-Jährige leitet seit 15 Jahren die Revierförsterei und Stadtforst Wolfsburg und ist bereits seit vielen Jahren Lan-

desvorsitzender des BDF in Niedersachsen.

Der neue Vorsitzende spricht Ulrich Dohle seinen großen Dank aus: „Gut vernetzt und mittendrin in den forstlichen Themen hat Ulrich Dohle sich engagiert für Forstleute und Forstwirtschaft eingesetzt. Er prägte für den BDF viele inhaltliche Diskussionen mit und entwickelte sich zu einem kompetenten Ansprechpartner für andere Verbände und die Medien.“

Für Dirk Schäfer haben die Forstleute einen tollen Beruf und erfüllen gesellschaftlich wichtige Aufgaben. Als Berufsverband unterstützt der BDF das Forst-

personal in gewerkschaftlicher Hinsicht und will darüber hinaus eine breit aufgestellte Interessenvertretung sein. So sei es leider heute nicht mehr selbstverständlich, dass den Forstleuten ihre Aufgaben bleiben, obwohl sie unverändert eine hohe gesellschaftliche Anerkennung haben. Der BDF werde sich dafür einsetzen, dass Wald und Forstwirtschaft dort bleiben, wo die Fachkompetenz dafür liegt: bei den Forstleuten!

„Vom neuen Leitungsgremium erwarte ich mir wertschätzende und effektive Zusammenarbeit“, so Dirk Schäfer bei seinem Antrittsgrußwort und er unterstreicht dabei, wie wichtig der gesellschaftliche Dialog sei.

Weitere Vertreter, die in die Bundesleitung gewählt wurden, sind Anne-Sophie Knop (Rheinland-Pfalz), Martin Krüger (Brandenburg), Jochen Raschdorf (Rheinland-Pfalz), Matthias Schmitt (Baden-Württemberg) und Sebastian Kienlein (Bayern). Als Schatzmeister wurde Frank Glor (Mecklenburg-Vorpommern) wiedergewählt. In nächster Zeit wird noch ein Jugendvertreter dazustoßen, den die BDF-Jugend selbst wählt.

Quelle: BDF

■ **VBE**

„Besoldung von A 14 für Schulleitungen kleiner Schulen wird vorgezogen!“

VBE begrüßt Besoldungserhöhung – Aufhebung der Zuverdienstgrenze ist Mogelpackung



„Jetzt ging alles sehr schnell. Die Besoldungserhöhung für Schulleitungen auf

mindestens A 14 sollte für kleine Schulen zunächst nicht gelten und wurde auf das kommende Schuljahr verschoben. Nach heftigen Protesten auch des VBE und Ankündigungen von Schulleitungen, ihr Amt abzugeben, gab es eine Kehrtwende im Kultusministerium.

Nun soll schon ab dem 1. Januar 2025 auch für Schulleiterinnen und Schulleiter von kleinen Schulen A 14 gezahlt werden und damit schneller als geplant. Das hätte eigentlich schon mit der Besoldungserhöhung zum Schuljahresbeginn passieren müssen“, so Meyer in seiner Stellungnahme zum Haushaltsbeschluss.

Die Besoldungserhöhung auch für Schulleitungen kleiner Schulen bis 80 Schülerinnen und



© Rainer Steding

> Frank Glor, Dirk Schäfer, Anne-Sophie Knop, Michael Schmitt, Martin Krüger, Jochen Raschdorf (von links)



Schüler ist ein längst überfälliger Schritt der Wertschätzung und Anerkennung der gestiegenen Anforderungen auch in kleinen Schulen. Immerhin gibt es in Niedersachsen aktuell 315 kleine Schulen, das sind fast 20 Prozent aller Grundschulen. Mit diesem Schritt kommt das Kultusministerium einem Ausbluten kleiner Schulen zuvor und hält die Attraktivität für einen Leitungsposten in kleinen Schulen aufrecht.

Meyer weiter: „Der Beschluss zur Aufhebung der Zuverdienstgrenze für Ruhestandsbeamtinnen und -beamte dagegen ist eine Mogelpackung. Was zunächst klug klingt, gilt nur für Pensionäre, die die ‚beamtenerrechtliche Altersgrenze‘ erreicht haben, also mit 67 Jahren aus dem Dienst ausscheiden. Damit werden diejenigen von der Aufhebung der Zuverdienstgrenze ausgeschlossen, die früher, also mit 63 Jahren, oder später aus dem Dienst ausscheiden. Das betrifft mehr als 50 Prozent der Ruheständler.“

Es ist auch fraglich, ob Lehrkräfte mit 67 Jahren überhaupt noch Lust und Energie haben, eine Weiterbeschäftigung anzunehmen. Das Gesetz greift zu kurz und hätte alle Ruhestandsbeamten einbeziehen müssen. So kommen nur wenige in den Genuss der anrechnungsfreien Mehrarbeit. Hier wurde eine große Chance veran.

Meyer abschließend: „Die Übertragung der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst ist nun beschlossene Sache. Davon profitieren diesmal auch die Anwärtinnen und Bewerber sowie die Pensionäre, die in der Vergangenheit oft von Besoldungserhöhungen und Sonderzahlungen ausgeschlossen wurden. Die Einmalzahlungen für das erste und zweite Kind in Höhe von 1.000 Euro ist ein Vorgriff auf das zu erwartende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur amtsangemes-

senen Alimentierung. Hier könnten mit dem Urteil, das bis Ende 2026 vorliegen soll, noch hohe Nachzahlungssummen auf die Landesregierung zukommen.“

Quelle: VBE

DPVKOM

Eigenständige Gesellschaft für Post- und Paketgeschäft geplant!



Mit ihrer Strategie 2030 „Nachhaltiges Wachstum beschleunigen“ strebt die DHL Group ein Umsatzwachstum von 50 Prozent im Vergleich zu 2023 an. Außerdem soll der Unternehmensbereich Post und Paket Deutschland zukünftig als eigenständige Gesellschaft agieren.

Das gab das Unternehmen heute bekannt. Die geplante Umstrukturierung soll nach Unternehmensangaben keine Auswirkungen auf Tarifverträge und Schutzvereinbarungen haben. Ziel des Unternehmens ist es, damit eine flexiblere und agilere Struktur zu schaffen. Aus Sicht der DPVKOM wird auch diese Umstrukturierung mit dem Ziel verbunden sein, Kosten einzusparen. Darunter dürfen jedoch keineswegs die Beschäftigten des Unternehmensbereiches Post und Paket Deutschland leiden.

Medienberichten zufolge sei es auch ein Ziel des Postchefs Tobias Meyer, sicherzustellen, dass die Beschäftigten im Unternehmen bleiben. Die Meinung unserer Fachgewerkschaft zu diesem Ansatz ist eindeutig: Wenn der Vorstandsvorsitzende Meyer das wirklich will, dann sollte er insbesondere im Konzernbereich Post und Paket Deutschland nun schnellstmöglich die entsprechenden Voraussetzungen dafür schaffen.

So muss die hohe und krank machende Arbeitsbelastung für die

Zustellerinnen und Zusteller signifikant sinken. Die DPVKOM fordert schon seit Langem eine Einstellungsoffensive, die Verkleinerung der Zustellbezirke, eine Zwei-Personen-Zustellung bei Paketen ab 20 Kilogramm Gewicht oder auch Arbeitszeiten, die eine Vereinbarung von Familie und Beruf ermöglichen.

Darüber hinaus ist es unabdingbar, dass genügend und natürlich auch voll funktionstüchtige Betriebsmittel vorhanden sind. Außerdem müssen neue Kolleginnen und Kollegen besser eingearbeitet werden. Das alles hat auch etwas mit Wertschätzung und Respekt gegenüber den eigenen Mitarbeitern zu tun.

Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann das Unternehmen die ambitionierten Strategien umsetzen. Sollte die Post jedoch weiterhin ausschließlich auf Arbeitsverdichtung und Flexibilisierung setzen, werden weiterhin zahlreiche Beschäftigte das Unternehmen verlassen, da sie unter den gegenwärtigen Arbeitsbedingungen nicht mehr arbeiten können und nicht mehr arbeiten wollen.

Quelle: DPVKOM

VNSB

Hauptvorstandssitzung 2024: Rückblick auf wichtige Themen und Erfolge



Am 4. und 5. September 2024 fand die

jährliche Sitzung des VNSB-Hauptvorstands statt. Landesvorsitzender Oliver Mageny begrüßte neben den Delegierten besonders das Ehrenmitglied Claudia Heil. Höhepunkt der Veranstaltung war der Besuch von Justizministerin Dr. Wahlmann, die sich zu aktuellen Herausforderungen des Justizvollzugs äußerte und auf die Stärkung des offenen Vollzugs hinwies.

Im Bericht des Landesvorsitzenden wurden mehrere Schwerpunkte thematisiert. Trotz erneuter Absagen für Stellenhebungen im Justizvollzug bleibt der Vorstand kämpferisch und steht in Kontakt mit dem Finanzministerium.

Eine positive Entwicklung zeichnet sich bei der Neuregelung der niedersächsischen Arbeitszeitverordnung ab, die deutliche Verbesserungen verspricht.

Für den Vorstand gab es zudem Zuwachs: Ali Sürmeli von der JVA Lingen wurde als neues kooptierendes Mitglied vorgestellt und kümmert sich um den Social-Media-Auftritt des Verbandes. Ebenfalls erfreulich war die Wahl von Maik Döhne als Fachgruppenvertreter der Laufbahngruppe 2.

Ein weiterer Höhepunkt war der Besuch von Justizministerin Dr. Wahlmann, die die „Woche der Gerechtigkeit“ hervorhob und die Wichtigkeit der Resozialisierung betonte.

Auch das Thema Stellenhebungen stand auf der Tagesordnung. Zwar konnten in diesem Jahr keine neuen Stellen zugesagt werden, doch versprach die Ministerin, den Justizvollzug weiter im Blick zu behalten.

Einen stimmungsvollen Abschluss fand die Sitzung bei der Abendveranstaltung auf der Hunenburg in Achim, bei der sich die Delegierten und Gäste aus Politik und Verwaltung rege austauschten. Trotz eines kurzen Unwetters konnte das geplante Grillen fortgesetzt werden und rundete die gelungene Sitzung ab.

Der Landesvorstand blickt zufrieden auf eine erfolgreiche Veranstaltung zurück und freut sich bereits auf die Hauptvorstandssitzung 2025.

Quelle: Ralf Schlütemann (VNSB Schriftleitung)